

Das Geld für die Wissenschaft soll künftig nicht mehr so reichlich fliessen

Der Bund plant offenbar, das Wachstum der Bildungs- und Forschungsinvestitionen in den kommenden Jahren deutlich abzubremsen. Linke Politiker kritisieren das Vorhaben als «inakzeptabel» - und auch Bürgerliche reagieren kritisch.

Fabian Renz

Vermutlich im Januar wird der Bundesrat darüber entscheiden, wie viel Geld von 2013 bis 2016 in Bildung, Forschung und Innovation investiert werden soll. Derzeit liegen die sogenannten BFI-Kredite des Bundes bei deutlich über 5 Milliarden Franken pro Jahr - die rohstoffarme Schweiz lässt sich ihre Ausbildungsstätten und wissenschaftlichen Einrichtungen viel kosten. Laufend mehr sogar: 2006 beschloss das Parlament, dass die BFI-Investitionen jährlich um 6 Prozent zu wachsen hätten. Den Sozialdemokraten und Freisinnigen war dies noch zu wenig. Die FDP forderte eine jährliche Wachstumsrate von 8, die SP gar von 10 Prozent.

Nun aber, am Ende der laufenden Planungsphase, drohen die Zeiten für den Wissenschaftsbetrieb deutlich magerer zu werden. Das Staatssekretariat für Bildung und Forschung sieht laut Unterlagen, die dem «Bund» vorliegen, für die Jahre 2013 bis 2016 eine klare Absenkung der BFI-Wachstumsquote vor. In der schärfsten Variante wird dabei eine Grösse von 3,7 Prozent angepeilt, in der mildesten 4,1 Prozent.

Die schärfste Variante ist pikanterweise für den Fall vorgesehen, dass sich das Parlament beim BFI-Separatkredit für das Jahr 2012 besonders grosszügig zeigt. Im Sommer beschloss der Nationalrat, im nächsten Jahr 100 Millionen Franken mehr für die Berufsbildung auszugeben. Schliesst sich der Ständerat hier dem Nationalrat an, will dies die Verwaltung mit umso tieferem BFI-Wachstum in den Folgejahren kompensieren. Grund dafür sind offenbar die Wirtschaftskrise sowie die Schuldenbremse, die zu entsprechenden Anpassungen verpflichtet.

«Absolut inakzeptabel»

Der Bund brüskiert damit die Wissenschaft. Noch im Oktober hatte Susanne

Suter, Präsidentin des Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierats, laut Medienberichten eine jährliche BFI-Zuwachsrate von 10 Prozent beworben. Sie warnte, heute könnten kaum mehr die Kosten gedeckt werden, die den Hochschulen wegen der steigenden Studentenzahlen entstünden. Dabei leide die Schweiz an Fachkräftemangel und sei darauf angewiesen, mehr Hochqualifizierte auszubilden.

Investitionsfreudigere Nachbarn

Die SP hat Susanne Suter dabei auf ihrer Seite. Die von der Verwaltung geplante Absenkung «kommt für uns auf keinen Fall infrage», sagt die Basler Ständerätin Anita Fetz. Falls nicht jährlich mindestens 6 Prozent mehr investiert würden, könnte die Schweiz als Forschungs- und Wissenschaftsnation international abgehängt werden, fürchtet Fetz. Deutschland und Frankreich etwa zeigten sich mit ihren Exzellenzinitiativen investitionsfreudiger. Fetz will sich in nächster Zeit genaues Zahlenmaterial zu Vergleichszwecken beschaffen.

Auch Margret Kiener Nellen (SP, BE), Präsidentin der nationalrätlichen Finanzkommission, findet die Planungsrate von 3,7 beziehungsweise 4,1 Prozent «absolut inakzeptabel». Die «erforderlichen Bildungsstandards» liessen sich so nicht mehr erfüllen - «und gleichzeitig sollen Milliarden für neue Kampjets und eine teurere Armee ausgegeben werden».

Auch von bürgerlicher Seite kommen kritische Töne. «Bildung ist das beste Konjunkturprogramm», sagt FDP-Nationalrat Ruedi Noser (ZH). Dank des tiefen Eurokurses ortet Noser Sparpotenzial bei den in Euro finanzierten EU-Forschungsprogrammen, an denen sich die Schweiz gemäss vertraglicher Verpflichtung beteiligen muss. Schweiz-intern sollten die For-



Forschungs- und Bildungsstätte: Im Hauptgebäude der Universität Bern. Foto: V. Chételat

schungskredite ihm zufolge dafür um 6 Prozent pro Jahr steigen.

Für CVP-Nationalrätin Kathy Riklin (ZH) markieren die vorgeschlagenen Wachstumsraten die «absolut unterste Grenze». Verheerend wären aus ihrer Sicht nachträgliche Kürzungen, ein finanzpolitisches «Stop and go»: «Lehrende und Forschende sollten eine gewisse Anstellungssicherheit haben und

nicht aufgrund fehlender Finanzierungen nur kurzfristig angestellt werden.»

Martin Fischer, Sprecher des Staatssekretariats für Bildung und Forschung, will sich zu den kursierenden Zahlen nicht äussern. Er gibt aber zu bedenken: «Die Investitionen in Bildung und Forschung sind Teil des Bundeshaushalts - und da bewegt man sich nun einmal innerhalb gewisser Grenzen.»

Überdies sei kaum ein Bereich in den letzten zehn Jahren finanziell derart privilegiert worden wie die Bildung. «Und selbst wenn die Investitionen 2013 bis 2016 etwas weniger stark anwachsen sollten: Wir sprechen immer noch von Wachstum, nicht von Sparmassnahmen.»

Forschungskredit

100 Millionen werden nicht reichen

Die 100 Millionen Franken, die der Wirtschaft im Rahmen der Massnahmen gegen den starken Franken zur Förderung von Forschung und Entwicklung zur Verfügung gestellt werden, reichen nicht für alle Begehren: Bereits sind Gesuche für 350 Millionen Franken eingegangen.

Das vom Bundesrat vorgeschlagene und vom Parlament im Oktober beschlossene Sonderprogramm gegen den starken Franken habe sich zu einem Erfolg entwickelt, teilte die für die Verteilung der Gelder zuständige Kommission für Technologie und Innovation (KTI) gestern Dienstag mit. Bis am 28. November seien rund 600 Gesuche im Umfang von insgesamt 350 Millionen Franken eingegangen. Bis zum Ablauf der Meldefrist am 15. Dezember dürften noch weitere Anträge eingereicht werden, wie die KTI weiter schreibt. Gesuchsteller täten gut daran, neue Anträge im Rahmen der ordentlichen Förderung von Forschung und Entwicklung für 2012 einzureichen. Für deren Beurteilung werden dann aber wieder die üblichen Vorgaben gelten. (sda)

Anzeige

